

Fällen drängte die SED-Spitze auf raschen Vollzug – hier noch mit einem Verweis auf die Order der Besatzungsmacht, bald aber unter Berufung auf den „demokratischen Zentralismus“.

In welchem Maße und auf welche Weise die SMAD auch auf den Umbau der SED in eine stalinistische Partei direkt einwirkte, soll ebenfalls an einem Beispiel demonstriert werden: Es handelt von der Auflösung des SED-Kreisvorstands Altenburg im April 1949 und der Maßregelung des Zweiten SED-Landesvorsitzenden Kurt Lessig (ehemals KPD). Sowohl er als auch einige Mitglieder der Altenburger SED-Leitung waren gegen einzelne, vorwiegend personalpolitische Entscheidungen der Besatzungsmacht aufgetreten, verlangten ein Selbstbestimmungsrecht in kommunalpolitischen Belangen und betonten die deutschen Parteitraditionen der KPD.

Am 26. März 1949 wurden deshalb der SED-Landesvorsitzende Hoffmann und Ministerpräsident Eggerath zu Gardegeneralmajor Kolesnitschenko bestellt. In Gegenwart des Chefs der SMA-Abteilung Information und des Dolmetscherleutnants überreichte er ihnen zunächst „ein umfangreiches Schriftstück“ in russischer Sprache, das sich auf Minister Dr. Georg Appell (SPD/SED) bezog. Eggerath erhielt den Auftrag, es „diskret“ übersetzen zu lassen und „zum Gegenstand einer Beratung“ im Landessekretariat der SED zu machen. Mit anderen Worten: Appell wurde abgesetzt. Dann empfahl Kolesnitschenko, das Mitglied der NDPD Dr. Walter König „im Range eines Ministerialrats in das Ministerium für Volksbildung einzugliedern“, was ebenso umgehend erledigt wurde. Nachdem er die Genossen noch über weitere „Aufdeckungen von Agenten des Ostbüros der SPD und anderer Spionagezentralen“ informiert hatte, kam der General zu seinem wichtigsten Anliegen: Sie betrafen das politische Verhalten des SED-Kreisvorstands Altenburg und von Kurt Lessig. Ihnen wurde vorgeworfen, „kein Verständnis für das Prinzip des demokratischen Zentralismus“ aufzubringen und eine „offene Abneigung gegen sowjetische Offiziere“ zu zeigen, also Verhaltensweisen, so das Verdikt Kolesnitschenkos, die auf eine „sowjetfeindliche und nationalistische Einstellung schließen lassen.“ Die sowjetische Militärverwaltung könne diesen Zustand „nicht mehr länger tatenlos hinnehmen.“ Eggerath und Hoffmann sollten mit dem Politbüro der SED den ganzen Sachverhalt klären.

Nachdem Walter Ulbricht am Rande einer Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission informiert worden war und daraufhin selbst den SMA-Chef Thüringens konsultiert hatte, beriet am 7. April 1949 das Politbüro über den Fall. Lessig, so wurde beschlossen, sollte zu den Vorwürfen schriftlich Stellung nehmen und nach dem Willen von Ulbricht als Schüler in den laufenden Kursus an der Parteihochschule eingegliedert werden. Das Kleine Sekretariat der Thüringer Landesorganisation wurde angewiesen, selbstkritisch über seine mangelhafte politische Arbeit Gericht zu halten. Dieser Prozedur mußten sich am 5. April 1949 zunächst die Altenburger Sekretariatsmitglieder

unterziehen. Im Weimarer Parteihaus erhielten sie eine Lektion über die „führende Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Es habe den Anschein, „daß sie manchmal sehr selbstbewußt Entscheidungen fällen.“ Statt dessen müßten sie einsehen, daß „das Verhältnis zu den Kommandanturen (...) und zu den einzelnen Offizieren (...) sich wesentlich gewandelt“ hat. „Wir müssen klar erkennen“, argumentierte Innenminister Willy Gebhardt (KPD/SED), „daß die russischen Genossen uns durch ihre Erfahrung weitaus überlegen sind, auch wenn es sich um junge Offiziere handelt.“ Die in Altenburg geübte „Selbstherrlichkeit“ bedeute „eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus.“

Dieses Delikt und Nachforschungen, die von der Zentralen Parteikontrollkommission bei „intensiver Mitarbeit durch eine Kommission der Freunde“ in Altenburg vorgenommen worden waren, führten letztlich zur Auflösung des Kreisvorstandes, zum Parteiausschluß ihres Vorsitzenden durch das Politbüro und zu einer breiten innerparteilichen Kampagne gegen „nationalistische Abweichungen“ und „Opportunismus“.

Zusammenfassend zeigt sich mithin folgendes:

- Auch in Thüringen vollzieht sich die Vereinigung von KPD und SPD unter Druck und Zwang der Besatzungsmacht gegenüber einer keineswegs politisch homogenen SPD.
- Auch in Thüringen gelingt es der SED sehr früh, die Blockparteien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, nicht zuletzt dank der Mitwirkung von sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften aus CDU und LDP.
- Auch in Thüringen hat die SED in allen wesentlichen Fragen kaum eine Chance, sich gegen Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration durchzusetzen.
- Auch in Thüringen wird der hier nicht besonders thematisierte Prozeß der Transformation der SED in eine bolschewistische Kaderpartei eingeleitet durch das Hinaussäubern von Parteimitgliedern. Davon betroffen sind vor allem diejenigen mit noch virulentem sozialdemokratischem Hintergrund, aber auch Kommunisten, die im Verdacht stehen, wie in den dreißiger Jahren eigenständig und selbstbewußt zu handeln.

2. „Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“

Dr. Magdalena Heider: Der Verband, über den hier kurz zu berichten sein wird, gehört zur Gruppe der Massenorganisationen. Stark vereinfacht lassen sie sich als Verbände charakterisieren, die – zumeist ab 1948/49 unter strikter politischer und personeller Kontrolle der SED – arbeitsteilig als Transmissionen zwischen dem politisch-ideologischen Zentrum und so-